



I. Anmeldung

TOP: _____

Ältestenrat und Finanzausschuss
Sitzungsdatum 22.03.2017
öffentlich

Betreff:

Das Bundesprogramm "Demokratie leben!" - Bericht des Menschenrechtsbüros

Anlagen:

Bericht

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Stadt Nürnberg beteiligt sich unter Federführung des Menschenrechtsbüros seit 2015 am Bundesprogramm "Demokratie leben!", das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert wird. Ziel dieses Programms ist es, demokratisches Verhalten und den Einsatz für eine positive Gestaltung von Vielfalt vor Ort aktiv zu fördern. Unter dem Motto „Nürnberg hält zusammen – gemeinsam Aktionen vor Ort gestalten“ beteiligt sich die Stadt Nürnberg an diesem auf fünf Jahre angelegten Programm. So sollen die Kräfte von Staat bzw. Kommune und Zivilgesellschaft gebündelt werden, um Angriffen auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit kraftvoll entgegenzutreten. Für die gesamte Laufzeit des Programms stehen der Stadt Nürnberg rund 400 000 Euro zur Verfügung. Über die Vergabe der Mittel entscheiden gemäß der Förderrichtlinien ein Begleitausschuss und ein Jugendausschuss.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	10.000 €	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die von der Stadt Nürnberg zu erbringende Kofinanzierung in Höhe von 10.000 Euro ab dem Jahr 2018 kann aus dem Budget des Menschenrechtsbüros alleine nicht erbracht werden.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Das Kernanliegen des Bundesprogramms ist die positive Gestaltung von Vielfalt und die Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit. Damit trägt es dem Diversity-Anliegen Rechnung.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
-
-
-

II. Herrn OBM

III. Ref. II

Nürnberg,

()